

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Gasabstellen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,30 RM., bei Vorbestellung 1 RM. jährlich. Abdruck von Anzeigen und Inseraten nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Redaktion ist an der Poststraße 10. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Redaktion ist an der Poststraße 10. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstraße 10.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 80 — 89. Jahrgang Telegr.-Nbr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 4. April 1930

Freie Fahrt.

Selbst die „ältesten“ Parlamentarier dürften sich kaum an eine politisch derart verteilte Situation im Reichstag erinnern haben! Daß ein Kabinett von den Entschlüssen irgendeiner Fraktion abhängig ist und zu wackeln beginnt, ist ja ein im Reichstag durchaus nicht ungewohnter Zustand, — aber jetzt war nicht das Kabinett, wohl aber die betreffende Fraktion vor außerordentlich folgenreicher Entschlüsse gestellt. Das waren die Deutschnationalen. An ihrer Stimmenabgabe hing zwar nicht das Leben und das Sterben des Kabinetts — denn Dr. Brüning hatte die Auflösungsorder des Reichspräsidenten für den Reichstag in der berühmten „roten Mappe“, falls das sozialdemokratische Mißtrauensvotum angenommen würde —, wohl aber trugen damit die Deutschnationalen auch die volle Verantwortung für das Leben und Sterben des Reichstages. Für Neuwahlen, deren Ausgang niemand voraussagen konnte. Damit für das Schicksal der eigenen Partei. Und die deutschnationalen Fraktion wurde vom Kanzler zu einer ganz klaren und unabweislichen Entscheidung genötigt, da er jedes Hin- und Herreden durch Verhandlungsanträge ablehnte, ein unbedingtes, sofortiges Ja oder Nein zu dem Mißtrauensvotum forderte.

Und dann war auf der anderen Seite das Agrarprogramm, das Versprechen der „Öffilse“, rief laut genug die Finanzlage nach schleunigster Bänderung durch die Bekämpfung der — alles Notwendigkeiten, die als solche von den Deutschnationalen erkannt wurden. Einer, der bis vor ein paar Tagen dem Vorstand der Deutschnationalen Fraktion und Partei angehört hatte, war als Minister dazu berufen worden, das Agrarprogramm, die „Öffilse“ durchzuführen, und der Landbund stellte sich hinter seinen Präsidenten, verlangte, daß man das Kabinett Brüning „in den Sattel setzen solle“; man konnte daher als Partei, deren Anhänger sich gerade auf dem ländlichen Lande besonders groß sind, nicht gegen die Stellungnahme der größten landwirtschaftlichen Organisation in die Abstimmung oder gar in einen Wahlkampf gehen. Und sich von ihren Angehörigen auch noch vorwerfen lassen, damit der sozialdemokratischen Opposition zum Sieg verholfen zu haben.

Aber auf der anderen Seite stand die tiefe Abneigung der Männer nicht das Mißtrauensvotum zu sollen, die jetzt auf der Regierungsbank sitzen und die man wegen ihrer politischen Haltung so oft und scharf bekämpft hatte. In ihrer Rubrik wie in ihrer Innenpolitik. Und vor ein paar Tagen noch hatte die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion die Neuwahlen als den einzigen Ausweg aus der Regierungskrise erklärt.

Man braucht an all dies nur zu erinnern, um das Schwere Ringen in den vielstündigen Verhandlungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu verstehen. Und außerdem stand hinter dem Kabinett Brüning der nicht zu übersehende Schatten Hindenburgs. Man hat sich entschlossen, die Wünsche von übermorgen den Notwendigkeiten von heute und morgen zu opfern. Und wer die Größe und das Bedrohliche dieser Notwendigkeiten sieht, wird es begreifen, daß die Regierung auf ihrem Weg zur Arbeit auf keine unnötigen Hemmnisse mehr zu setzen braucht, die Klippe des Mißtrauens auf ihrem Kurs gesprengt wurde und sie freie Fahrt hat.

Freie Fahrt — zunächst wenigstens. In kürzester Frist sollen die agrarpolitischen Gelegenheitswünsche dem Reichstage zur Beschlußfassung zugehen — und wieder muß man daran erinnern, daß der Reichspräsident von Hindenburg es war, der entsprechende Maßnahmen dem Kabinett mit auf den Weg gab. Und gleichzeitig wird man nun wohl auch die Dekretvorlagen finanz- und steuerpolitischer Art endlich und baldigst erledigen wollen, mit denen sich die Reichstagsparteien schon ein Vierteljahr herumzogen, die bereits zum allergrößten Teil vom Reichsrat angenommen sind und über deren „Reife“ der Reichskanzler in seiner Erklärung ausführlich sprach. Dann bleibt noch das Programm der „Öffilse“, bleibt überhaupt noch unendlich vieles, dringendes und notwendiges zu erledigen. Gewiß ist nicht zu verkennen, daß die parlamentarische Grundlage des Kabinetts ein recht schwankender Boden ist, — aber auch der ist manchmal doch sicherer und wird fester unter dem Druck der Tagesnotwendigkeiten und der Gewohnheit des Zusammenarbeitens, als im ersten Augenblick die pessimistischen Prophezeien. Als 1927 das Kabinett Marx gebildet wurde, da hat das Zentrum sein politisches „Schicksal“ mit der Koalition bis zur Rechten hinüber anfallend genug erklärt. Jetzt haben die Deutschnationalen dem Kabinett zwar kein Mißtrauen ausgedrückt, ihm aber auch keine unbedingte, vielmehr nur ihre bedingte Zustimmung gegeben. Doch das gehört der Vergangenheit an, die Hauptsache ist jetzt Gegenwart und Zukunft; nicht kommt es darauf an, die Wille immer nur zurückzuwenden, sondern allein auf das, was Hindenburg in seiner Neujahrsbotschaft sagte: „Aber den Parteien muß das Vaterland stehen; wer entschlossen Hand mit anlegt und mitarbeitet an den Aufgaben der Gegenwart und am Aufbau der Zukunft, — der handelt wahrhaft national!“

Mehrheit für das Kabinett Brüning

Reichstag stützt die Regierung.

Mißtrauensanträge abgelehnt. In der Reichstagsitzung vom 3. April wurden die von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensanträge mit 252 gegen 187 Stimmen abgelehnt.

Wag die blühende, sanft frühlingsblau getönte Mappe, die vor dem Platz des Reichskanzlers bei Beginn der Reichstagsitzung lag, das Auflösungsdekret? Vermutet mochte es mit einigem Zug wohl werden, denn bis in die Morgenstunden hinein blieb das Schicksal des Kabinetts Brüning von jenen Schleiern verhüllt, die unsichere Berechnungen, eifrige Deutungskünsteleien und nicht besonders verantwortungsbewußte Lust am Prophezeien zu weben pflegen. Die Spannung stieg bis auf den bekannten äußersten Grad und löste sich erst in einem teilweise nicht von Erfreuten freien, immerhin unzulänglichen Aufatmen, als der Führer der Deutschnationalen Partei, Geheimrat Eugen Berg, vom Podium der Volkshalle aus verkündete, seine Partei verwerfe geschlossen die gegen Brüning eingebrachten Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Nur die der Rechte hart verwehnten Nationalsozialisten behielten die latonische Rolle der Vermittlung bei, nachdem ihr Führer, Graf Reventlow, erklärt hatte, seine Freunde wären keine Sozialisten, sondern Sozialisten, die dieser „kapitalistischen“ Regierung nicht den kleinsten Finger zu reichen gedächten.

Die beispiellose Erwartung des Tages hatte diesmal wirklich einen fast grandiosen Rahmen um die Ereignisse gelegt. Um das Gefährdungsgebäude am Platz der Republik Massenandrang von Neugierigen, denen der Eintritt selbst nicht ermöglicht war, viel Polizei und Wächter der Ordnung — drinnen Befragung bis in die letzten Winkel hinein, die ausländische Diplomatie ohne wesentliche Lücken, fiebernde Journalisten heimischen und fremden Charakters in qualvoll nächster Enge. Der Reichskanzler tritt auf, betont kurz und gerade deutlich die Entschlossenheit der Regierung, die aus eigener Initiative und mit dem besonderen Auftrag des Reichspräsidenten schon begonnenen Rettungsmaßnahmen für die Landwirtschaft und den Osten schleunigt zu fördern und zu vollenden. In den nächsten Wochen, noch vor Ostern. Nur wenn gar keine Hoffnung bliebe, mit Parteien und Parlament übereinzukommen, solle der unerhörte Wille in die Erscheinung treten, von den letzten Mitteln der Verfassung, dem Ermächtigungsparagrafen 48 und der anschließenden Auflösung des Reichstages, Gebrauch zu machen.

Eugen Berg, bestig umbrandet von ironischen Zurufen seiner Gegner, brachte die Sensation. Gegen den Marxismus in allen seinen Formen bleibt die Parole, deshalb Ablehnung der von dieser Seite eingebrachten Mißtrauensanträge. Das ist die Aufgabe des Tages, des heutigen Tages. Darauf haben sich die Deutschnationalen in letzter Minute geeinigt, nachdem noch gestern das Büngeln nach der anderen Richtung auszufliegen drohte.

Somit ist das Los gefallen. Der erste sozialistische Ansturm gegen das Kabinett verfiel der Abweisung. Die entschiedene Mehrheit des Reichstages lehnt die Hand zur Stützung Brüning. Freilich, frohlockend verhält ihr Wortführer sich nicht, sondern knüpft recht bedenkliche Folgerungen an den Beginn seiner Rede. Nicht die Spur von Vertrauen in die jetzige Regierung herrscht bei den Deutschnationalen. Alle ihre Sorgen wegen des Young-Plans, wegen des politischen Handelsvertrages und anderer für sie untragbarer Zustände bleiben bestehen. Die Freie Fahrt in Zukunft ausgefahren werden. Alles bleibt vorbehalten, jeder Entschluß und jede Stellungnahme.

Die Konstatierung dieser Tatsachen wird streng umrissen. Trotzdem wird die Koalition Brüning auf alle Fälle in den Stand gesetzt, zu regieren. Wird ihr dabei der praktische Erfolg so bescheiden sein wie diesmal die Gunst der Stunde? Dem Mutigen gehört die Welt.

Sitzungsbericht.

(154. Sitzung.) Oh, Berlin, 3. April.
Vor sehr stark besetztem Hause geht die Aussprache über die Erklärung des neuen Kabinetts Brüning weiter. Als erster Redner erhält das Wort

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.): Er gibt sofort bekannt, daß die Nationalsozialisten dieser Regierung kein Vertrauen schenken können. U. a. sehe man wieder Herrn Groner, den Eideschwörer von Spa. Die Erklärung der Regierung ist gewunden und undurchsichtig, sie scheint aufscheinend die Wahrheit. Eine nationale Einigung kann nur auf dem Boden einer Entscheidung erfolgen, die alle internationalen Tendenzen verwirft. Die Nationalsozialisten werden nicht müde werden, das volksverräterische Verhalten der Vertreter des Young-Plans an den Bräugern zu stellen. Der Redner fragt den Innenminister Dr. Birtz, ob er die Seberingische Politik gegen die Thäligen etwas forschen wolle. Habe er diese Absicht, so werde er den schärfsten Widerstand der Nationalsozialisten finden. Die Nationalsozialisten sind keine Faschisten, sondern Sozialisten. Dagegen scheint dieses Kabinett eher sozialistisch zu sein.

Abg. Hädel (Komm.): Die Firma Eugen Berg wird heute für die Regierung stimmen. Die Regierung wird aber die Außenpolitik forschen, gegen welche die Deutschnationalen das Volksbegehren inszeniert haben. Die Partei wird nur von Geldinteressen bewegt. Der Redner polemisiert weiter gegen die neue Regierung, gegen Zentrum und Sozialdemokratie.

Reichskanzler Dr. Brüning:

Die über die auswärtige Politik von den Abgeordneten an die Regierung gerichteten Fragen werden im einzelnen

bei dem in Urzue zu beratenden Etat des Auswärtigen Amtes ausführlich beantwortet werden. In Bezug auf die agrarpolitischen Maßnahmen

ist die Reichsregierung sofort aus eigener Initiative und auch im besonderen Auftrage des Reichspräsidenten an die Beratung herangegangen. Ramentlich sollen sie dem bedrohten Osten Hilfe und Unterstützung bringen.

Gleichzeitig hat sie das Programm des Reichsministers Schiele in den Rahmen ihrer Entwürfe hineingezogen, und ich glaube sagen zu können, daß ich noch in den nächsten Wochen die entsprechenden Besprechungen dem Hause unterbreiten werde.

Wegen der Handelspolitik bezieht der Kanzler sich auf die Erklärung der Reichsregierung und stellt fest, daß die notwendige Handelsvertragspolitik auch von der neuen Reichsregierung durchgeführt werden wird. Der Abg. Dr. Breitscheid hat Befürchtungen wegen der Anwendung des Art. 48 ausgesprochen. Die Reichsregierung wird nach sorgfältigster Prüfung, wenn es überhaupt notwendig sein sollte, in jedem Einzelfall entscheiden, ob die verfassungsmäßigen und rechtlichen Voraussetzungen des Art. 48 gegeben sind.

Abg. Eugen Berg für Regierung.

Unter ziemlicher Unruhe des Hauses und von ironischen Zurufen der Kommunisten empfangen, erhielt nun das Wort der Führer der Deutschnationalen, der Abg. Eugen Berg: Innerhalb der deutschnationalen Fraktion sind über die Stellungnahme zu den Mißtrauensanträgen Meinungsverschiedenheiten vorhanden gewesen. Gestern nachmittag hat die Fraktion mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, im Falle der Ablehnung eines Verfassungsantrages, dessen Zweck auf schleunigste Vorlage der Agrarfrage gerichtet war, dem Kabinett das Mißtrauen auszusprechen.

Auf meine im Einvernehmen mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberschören gegebene Anregung, fährt Abg. Eugen Berg fort, hat die Fraktion heute die Abgabe einer Erklärung beschlossen, laut der die Partei jeden Vorstoß unterstützen wird, von dem irgendeine wirkliche Besserung der Lage der Landwirtschaft erwartet werden kann. Die Deutschnationalen Volkspartei lehnt heute den sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensantrag ab. (Bewegung im Hause, Ausrufe und Gelächter bei der Linken.) Dies geschieht in Hinblick auf die von der neuen Regierung mit starken Worten angekündigten Maßnahmen zum Schutze der schwer notleidenden Landwirtschaft und der gefährdeten Ostprovinzen.

Wir wissen, daß bei großen Teilen der jetzigen Regierungskoalition nicht etwa die Rettung der Landwirtschaft und der Ostprovinzen die Beweggründe und Ausgangspunkt der neuen Koalition waren, sondern die

Beschönigung der Deutschnationalen Volkspartei.

Diese Hoffnungen sind enttäuscht worden. Wir sind völlig darüber einig, daß wir für diese Regierung und ihr Handeln nicht die mindeste Verantwortung tragen. Wir sehen aber keine Verantwortung, dem Reichslandbund in den Arm zu fallen, wenn er die Verantwortung übernehmen will. Wir sind der Meinung, daß Gefahr im Verzuge ist und daß bei alledem guten Willen die Rettungsmaßnahmen für die Landwirtschaft und den Osten noch vor die Oherbaue gesetzt werden können. Wir fürchten, daß die Zusammenfügung der preussischen Regierung und der heutige Aufbau der Preussensache ein ernstes Hindernis für die erforderlichen Maßnahmen bilden wird. An dem von Herrn Schiele und der deutschnationalen Fraktion verlangten Zahlungsausschuß für die notleidenden Gebiete wird nicht vorbeizukommen sein.

Den politischen Handelsvertrag werden wir entsprechend unserer bisherigen Haltung auch jetzt ablehnen. Die Regierungserklärung ist in keiner Weise geeignet, das Mißtrauen zu zerstreuen, das wir angesichts der Zusammenfügung der Regierung Brüning hegen. Der Wille zur Weitersführung des bisherigen Erfüllungskurses in der Außenpolitik wird durch die Beibehaltung des Außenministers Curtius zum Ausdruck gebracht. Auch die Beibehaltung des Ministers Birtz bekräftigt diesen Willen. Die Regierungserklärung sagt auch nichts über die Ausnutzung aller Wehrmöglichkeiten durch die Einsetzung der Bauart für den Panzerkreuzer B in den Haushalt. Wir vermischen auch die Ankündigung der Aufhebung der Maßregelung Thüringens.

Doch wir haben seit Monaten betont, daß wir zu einer Zusammenarbeit mit den nichtmarxistischen Parteien bereit sind, wenn sie sich auf die Rettung von Staat und Wirtschaft vor dem Marxismus und auf die Freiheit Deutschlands richten und Reich und Preußen gleichmäßig umfassen. Das mit der Absicht der Sprengung der Deutschnationalen Partei, zugleich unter Mißbrauch des Namens und Ansehens des Reichspräsidenten, gebildete neue Parteikabinett der Mitte ist ein nicht überzeugender Versuch, diese Aufgabe zu verschleiern. Das finanzielle Programm der Regierung lautet, da es in erster Linie neue Steuerbelastungen mit sich bringt, nicht unsere Zustimmung. Nach dem Gesagten haben wir gegenüber den Mitgliedern und der Zusammensetzung des Kabinetts ein weitgehendes Mißtrauen.

In erster Linie gründet sich dieses Mißtrauen auf die Aufrechterhaltung der Koalition mit dem Marxismus in Preußen und auf die der nationalen Rechte gegenüber bekundete Haltung. Wir werden zu dem uns richtig erscheinenden Zeitpunkt die Folgerungen aus diesem Mißtrauen ziehen, auch heute nicht etwa mit dem Marxismus stimmen.

Während der Rede wird ein kommunistischer Abgeordneter wegen beleidigender Äußerungen zur Ordnung gerufen. Am Schluß erhebt sich ein Mitglied der Deutschnationalen, während die Nationalsozialisten „Psst!“ rufen.